

Weist der Blick nach USA in die Zukunft Europas?

Stehen die Vereinigten Staaten vor einem neuen Bürgerkrieg?
Das Szenario, das sich für die US-Wahlen abzeichnet, lässt Schlimmes befürchten

Gastbeitrag von Manfred Berg

Die USA stehen vor einer Schicksalswahl, wie sie das Land seit 1860 nicht mehr erlebt hat. Damals nahmen die Sklavenstaaten des Südens den Wahlsieg des Republikaners und Sklavereigegners Abraham Lincoln zum Anlass, sich von der Union loszusagen. Auf die Sezession folgte ein blutiger Bürgerkrieg, der circa 700 000 Menschenleben forderte und bis in die Gegenwart ein nationales Trauma geblieben ist.

Auch heute hat die Polarisierung nach Auffassung vieler Beobachter ein Ausmaß angenommen, wie es für Gesellschaften typisch ist, die am Rande eines Bürgerkrieges stehen. Donald Trumps Anhänger wollen sich das Land zurückholen, das ihnen die Eliten angeblich gestohlen haben, seine Gegner warnen vor einer Diktatur, sollte der Demagoge erneut ins Weiße Haus einziehen.

Unversöhnliche Lager

Die USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg als vorbildliche Konsensdemokratie galten, sind in unversöhnliche identitätspolitische Lager zerfallen. Die Demokraten repräsentieren das multikulturelle, liberale, großstädtische und säkulare Amerika, die Republikaner das traditionalistische, weiße, kleinstädtisch-ländliche, religiöse Milieu. Wenn es bei Wahlen nicht mehr um demokratische Alternativen, sondern um Sein oder Nichtsein des eigenen way of life zu gehen scheint, können sie leicht zum Funken werden, der das Pulverfass explodieren lässt.

Trumpes Putschversuch vom 6. Januar 2021 hat gezeigt, wie sehr das Prinzip des friedlichen, demokratischen Machtwechsels bereits ins Wanken geraten ist. Der Parteivorstand der Republikaner verharmloste den Aufstand als „legitimen politischen Diskurs“, und nach wie vor glaubt die große Mehrheit der Trump-Gefolgschaft an die Lüge von der gestohlenen Wahl. Die Grand Old Party ist zu einer militant nationalistischen Bewegung geworden, die sich loyal um ihren Führer schart. Obwohl die Vorwahlen gerade erst begonnen haben, ist dem Ex-Präsidenten die Kandidatur kaum mehr zu nehmen.

In den acht Monaten bis zum Wahltag kann noch vieles passieren. Aber dass die laufenden Anklagen vor Bundes- und Staatsgerichten Trump an einer Kandidatur hindern werden, ist nicht zu erwarten.



Im Präsidentschaftswahljahr sind die USA tief entzweit – manche sehen eine Parallele zu 1860, als Abraham Lincoln Präsident wurde. Das Foto zeigt Donald Trump bei einem Interview vor dem Lincoln Memorial in Washington. BILD: WHITE HOUSE/DPA

Rechtskräftige Urteile sind vor dem 5. November fast unmöglich, und selbst als verurteilter Straftäter dürfte der Ex-Präsident antreten. 1920 erhielt der Kandidat der Sozialisten eine Million Stimmen, obwohl er im Gefängnis saß. Dass Trump die Prozesse im Wahlkampf schaden werden, ist keinesfalls sicher. Einerseits kosten sie ihn Unsummen, andererseits kann er sich zum Opfer politischer Verfolgung stilisieren. Gewiss wird der Medienprofi die Bühne, die ihm die Gerichtsverfahren bieten, zu nutzen wissen.

Wie das zu erwartende „Rückspiel“ zwischen Joe Biden und seinem Vorgänger ausgehen wird, ist schwer vorhersehbar. In vielen Umfragen liegt Trump seit Monaten leicht vor Biden, den auch viele Demokraten für zu alt halten und dem

die Parteilinie die Unterstützung für Israel im Gazakrieg verübelt. Ohnehin wird es im November, wie schon 2016 und 2020, auf dieselbe Handvoll Swing States ankommen, deren Stimmen im Wahlkollegium den Ausschlag geben dürften. Auch wenn Trump keine landesweite Stimmenmehrheit erhält, könnte ihm ein knapper Vorsprung im Electoral College, dem Kollegium der Wählerleute, wie vor acht Jahren, den Weg ins Weiße Haus ebnen.

Regieren wie ein Diktator

Sollte er jedoch verlieren, wird er seine Niederlage so wenig akzeptieren wie 2020 und erneut den militanten Kern seiner Make-America-Great-Again-Bewegung mobilisieren. Wenig spricht dagegen, dass sie ihm nochmals folgen wird. Die Demo-

kraten wiederum werden einen Wahlsieg Trumps nur anerkennen, wenn dieser in einer fairen Wahl erungen wurde. In jedem Fall steht zu erwarten, dass sich viele Amerikaner nach Kräften gegen eine zweite Trump-Präsidentschaft wehren werden, denn dieses Mal könnte die liberale Demokratie selbst auf dem Spiel stehen.

Der Ex-Präsident brennt darauf, mit seinen Feinden abzurechnen. So soll der Regierungsapparat sofort radikal gesäubert werden. „Wir werden den tiefen Staat zerschlagen“, lautet das Versprechen an seine Anhänger, „und wir befreien uns von der kranken politischen Klasse, die unser Land hasst.“ Von seinen politischen Gegnern spricht er als „Ungeziefer“, und er lässt er wenig Zweifel daran, dass er wie ein Diktator re-

gieren möchte. Die Befugnisse des Präsidenten sollen in einem Maße ausgeweitet werden, das die Exekutive der Kontrolle durch die übrigen Gewalten entziehen würde.

Doch jeder Versuch, die Gewaltenteilung auszuhebeln, wird eine gewaltige Protestbewegung des liberalen Lagers hervorrufen, die Trump zum Vorwand nehmen könnte, die Opposition mit Gewalt zu unterdrücken. Geschichte wiederholt sich nicht, und ein großer Krieg wie zwischen 1861 und 1865 ist unwahrscheinlich, aber bei einem knappen und unklaren Wahlergebnis muss mit einer Eskalation politischer Gewalt gerechnet werden.

Krisenfall der Demokratie

Noch immer gibt es gute Argumente dafür, dass Amerikas zivile und militärische Institutionen verfassungstreu sind und die Mehrheit der Amerikaner zur nationalen Einheit wie zur Demokratie steht. Doch auch wenn die USA und der Welt eine zweite Trump-Präsidentschaft erspart bleibt, wird sich vorerst nichts an der Spaltung in feindliche Lager und an der Blockade der US-Politik ändern.

Spätestens seit dem Sturm auf das Kapitol sind die USA zum Krisenfall der Demokratie geworden. Sollte sich die Destabilisierung fortsetzen, wäre dies auch für Europa und Deutschland ein Schreckensszenario, und zwar nicht nur aus sicherheitspolitischen Gründen. Wir müssen uns fragen, ob Amerika, wie so oft, nur den Blick in die eigene Zukunft eröffnet. Bislang hat der autoritäre Populismus noch in keiner der „reifen“ westlichen Demokratien dauerhaft die Oberhand gewonnen, aber die Gefahr ist real. Es wäre eine fatale Ironie der Geschichte, wenn ausgerechnet die USA, die nach dem Zweiten Weltkrieg maßgeblich dazu beitrugen, dass die liberale Demokratie in Westeuropa und insbesondere in Westdeutschland Wurzeln schlagen konnte, den Anfang machen würden.



Manfred Berg ist Curt-Engelhorn-Professor für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg. Im Juni erscheint sein neues Buch „Das gespalten Haus. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von 1950 bis heute“, Klett-Cotta, 544 Seiten, 35 Euro.

UN-Konvoi mit Patienten aufgehalten

Nahost: Israel soll Kolonne von UN-Nothilfe blockiert haben

Genf/Straßburg. Das UN-Nothilfebüro OCHA hat dem israelischen Militär vorgeworfen, einen Krankenwagen-Konvoi mit 24 evakuierten Patienten sieben Stunden lang aufgehalten zu haben. Das Militär habe alle Patienten, die laufen konnten, und die Sanitäter aus den Krankenwagen gezwungen, berichtete OCHA-Sprecher Jens Laerke am Dienstag in Genf. Darunter seien eine Schwangere und eine Mutter mit neugeborenem Baby gewesen. Der Zwischenfall hatte sich demnach am Sonntag vor dem Al Amal-Krankenhaus in Chan Junis ereignet. Der Konvoi sei von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) geführt und ordnungsgemäß angemeldet und genehmigt gewesen.

Die Sanitäter hätten sich entkleiden müssen, als das Militär den Konvoi stoppte, berichtete Laerke. Drei seien abgeführt worden. Einer von ihnen sei bis Dienstag wieder freigelassen worden. Die Patienten hätten schließlich auf andere Einrichtungen verteilt werden können. 31 Schwerkranke hätten aber nicht mehr transportiert werden können. Sie seien wie rund gut 180 Menschen, die in dem Krankenhaus Zuflucht gesucht hatten, und 45 Angehörige des Pflegepersonals zurückgeblieben. Das Krankenhaus sei durch rund 40 Angriffe innerhalb eines Monats praktisch zerstört worden.



Die Lage in den palästinensischen Krankenhäusern ist prekär. BILD: DPA

„Das ist kein Einzelfall“, sagte Laerke. „Hilfskonvois werden immer wieder beschossen und erhalten systematisch keinen Zugang zu den Menschen in Not. Humanitäre Mitarbeiter sind von israelischen Streitkräften schikaniert, eingeschüchelt, und festgenommen worden, und humanitäre Einrichtungen sind getroffen worden“, sagte er weiter.

Die israelische Armee teilte dazu auf Anfrage mit, dass es nachrichtendienstliche Hinweise darauf gegeben habe, dass sich in dem Konvoi „Terroristen“ der islamistischen Hamas befunden hätten. Das Militär habe die Identität der Passagiere des Konvois beim Verlassen des Krankenhauses überprüft. Zwei Sanitäter seien wegen möglicher Verwicklung in terroristische Aktivitäten festgenommen, ein dritter nach einer ersten Befragung am Schauplatz freigelassen worden. Die Maßnahme sei „mit Blick auf die klare Beweislage“ erfolgt, wonach „die Hamas systematisch Krankenhäuser sowie Krankenwagen für den Transport von Terroristen nutzt“, hieß es weiter.

EU-Kommissar Janez Lenarcic hat auf eine weitere Finanzierung des in die Kritik geratenen Palästinenserhilfswerks der Vereinten Nationen (UNRWA) gedrängt. „Wir müssen die Risikoumgebung, in der UNRWA tätig ist, anerkennen und dürfen nicht zu kollektiver Bestrafung greifen oder zum weiteren humanitären Zusammenbruch im Gazastreifen beitragen“, sagte der EU-Kommissar für humanitäre Hilfe und Krisenmanagement am Dienstag im EU-Parlament in Straßburg.

Das Hilfswerk sei „lebenswichtig“ für die Menschen im Gazastreifen und für die Stabilität in der Region unerlässlich. Daher bleibe es von entscheidender Bedeutung, dem Hilfswerk angemessene Mittel zur Verfügung zu stellen, betonte er. „Eine Finanzierungslücke hätte katastrophale Folgen. Es gibt einfach keinen Ersatz für UNRWA.“ dpa

Westliche Bodentruppen für die Ukraine?

Ukraine-Krieg: Der Vorstoß von Frankreichs Präsident Macron sorgt für große Aufregung unter den westlichen Bündnispartnern

Von Christian Kerl

Brüssel/Berlin. Es wäre die große Eskalation im Ukraine-Krieg: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron schließt die Entsendung westlicher Bodentruppen in die Ukraine nicht mehr aus. Die Aufregung ist groß, Russland warnt schon vor einem Krieg mit der Nato. Was steckt hinter dem Vorstoß?

In einer Pressekonferenz in Paris sagte der Präsident: „Wir werden alles tun, um sicherzustellen, dass Russland diesen Krieg nicht gewinnen kann.“ Als ein Journalist nach Bodentruppen fragte, erwiderte Macron: „Es besteht heute kein Konsens darüber, offiziell Bodentruppen zu entsenden, aber im Hinblick auf Optionen ist nichts ausgeschlossen.“ Und weiter: Die Niederlage Russlands sei für die Sicherheit und Stabilität Europas von entscheidender Bedeutung. Macron äußerte sich am späten Montagabend nach einer von ihm initiierten Konferenz zur Unterstützung der Ukraine. Das Thema westlicher Truppen vor Ort in der

Ukraine sei „sehr frei und direkt“ diskutiert worden, berichtete der Präsident: „Alles ist möglich, wenn es nützlich ist.“

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) sagte am Dienstag zu Macrons Vor-

stoß, auch für die Zukunft gelte, dass kein europäischer Staat und kein Nato-Land Bodentruppen in die Ukraine schicken würden. Zuvor hatten sich schon die USA ablehnend geäußert. Nato-Generalsekre-

tär Jens Stoltenberg sagte, das Militärbündnis habe keine Pläne, Kampftruppen in die Ukraine zu schicken. In der Konferenz hatten nach Teilnehmerangaben alle Anwesenden den Einsatz von Bodentruppen in der Ukraine klar abgelehnt. Der slowakische Ministerpräsident Robert Fico berichtete empört, dass es durchaus solche Überlegungen gebe: Mehrere Nato- und EU-Staaten würden erwägen, auf bilateraler Basis Truppen in die Ukraine zu entsenden. Angeblich gibt es Sympathien dafür in Großbritannien, Polen und den baltischen Staaten – Polens Premier Donald Tusk dementierte aber bereits.

Möglicherweise ziviler Einsatz

Doch Näheres ist bisher zu den Plänen nicht bekannt. Auch Macron nannte keine Details. Er sprach auch nicht davon, dass westliche Soldaten an der Seite der ukrainischen Armee gegen Russland kämpfen sollten. In Sicherheitskreisen hieß es am Dienstag, womöglich habe Macron Einsätze im Hinterland im Kopf ge-

habt, die die ukrainische Armee entlasten könnten. Auf der Konferenz war von – ausdrücklich ziviler – Unterstützung der Ukraine zur Sicherung der Grenze zu Belarus und zur Minenräumung die Rede.

Der Einsatz von Bodentruppen wäre äußerst brisant. Die Entsendung von Bodentruppen gilt im westlichen Bündnis als rote Linie, mit der eine Eskalation des Krieges hin zu einem Weltkrieg heraufbeschworen würde. US-Präsident Joe Biden hat mehrfach klargestellt, es werde keinen Einsatz eigener Truppen in der Ukraine geben, solange die USA oder Verbündete nicht angegriffen würden. Der Kreml warnte am Dienstag, eine Truppenentsendung mache einen Konflikt zwischen Russland und der Nato nicht nur wahrscheinlich, sondern unvermeidlich. Völkerrechtlich wäre die bloße Anwesenheit westlicher Soldaten in der Ukraine etwa zur Absicherung der Grenze zu Belarus weitab der Front noch kein Kriegseintritt – solange sich ihr Einsatz nicht gegen russische Truppen richtet.



Bei der Unterstützerkonferenz für die Ukraine saßen sie Seite an Seite: Frankreichs Präsident Emmanuel Macron (2.v.r.) und Kanzler Olaf Scholz (SPD). BILD: G. FUENTES/DPA